

---

## 1300/J XXV. GP

---

Eingelangt am 22.04.2014

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

# Anfrage

der Abgeordneten **Ing. Dietrich, Dr. Franz**  
Kolleginnen und Kollegen  
an den Bundesminister für Gesundheit  
betreffend „**Vergiftung durch schadhafte Hüftprothesen**“

Das NDR-Fernsehen strahlte am 05.03.2013 eine Sendung mit dem Titel „Vergiftung durch Hüftprothesen“ aus, um über deren Gefahr zu berichten. Auf der Homepage des Fernsehsenders findet man folgenden Bericht dazu:

*„Sie sollten besonders haltbar und insbesondere für jüngere, aktive Patienten geeignet sein: Hüftgelenkprothesen aus einer Kobald-Chrom-Legierung mit einem großen Gelenkkopf und sogenannte Kappenprothesen aus dem gleichen Material. Starker Verschleiß wie bei konventionellen Polyethylenprothesen oder Materialbrüche wie bei Keramikprothesen waren mit den Metallprothesen auch bei stärkerer Beanspruchung nicht zu erwarten. Doch bei der Entwicklung unterschätzten die Ingenieure die Gefahr, dass es durch das Gleiten der Metalloberflächen aufeinander zu einem feinen Abrieb von Metall-Partikeln kommen kann - und diese führen im Blut zu einem gefährlichen Anstieg der Metall-Ionen-Konzentration. [...] Organschäden, zum Beispiel an Herz und Nieren, können die Folge sein. Zudem kommt es bei Metallprothesen deutlich häufiger zu einer Lockerung der Implantate im Knochen. Rund fünf Prozent der Prothesenträger in Deutschland haben eine solche Metall-auf-Metall-Prothese (MoM-Prothese) im Körper - wie viele von ihnen von einer schleichenden Vergiftung betroffen sind, ist aber bisher völlig unklar. [...] Zwar zogen die Hersteller nach Bekanntwerden der Probleme die betroffenen Prothesenmodelle aus dem Verkehr, doch noch immer tragen Tausende Betroffene solche Implantate.“*

(<http://www.ndr.de/ratgeber/gesundheit/bewegungsapparat/hueftprothese111.html>,  
Stand 04.03.2014)

Im Internet findet sich außerdem eine eigene Plattform von Betroffenen, die „Selbsthilfegruppe für schadhafte Hüftprothesen“ (<http://www.durom-hueftprobleme.de/depuy-patienten>, Stand 04.03.2014).

Diese verweist in einem Artikel auf den Internetauftritt der Firma DePuy, welche die schadhafte Prothesen herstellte. Die Firma schreibt in einem Aufruf Folgendes:

*„Im August 2010 hat DePuy einen freiwilligen Rückruf seiner Implantatsysteme ASR™ XL Hüftsystem und DePuy ASR™ Hüftsystem vom Markt eingeleitet. Im Rahmen dieser Rückrufaktion werden gegebenenfalls zusätzliche Tests und Untersuchungen von Patienten erforderlich werden. Die Implantatsysteme, die vom Rückruf betroffen sind, kamen im Juli 2003 auf den Markt. Wenn Sie Ihre Hüftoperation vor Juli 2003 hatten, ist Ihr Hüftimplantat nicht von diesem Rückruf betroffen. [...] Dieser Rückruf bedeutet zunächst, dass eventuell zusätzliche Untersuchungen und Kontrollen notwendig werden, um zu prüfen, ob Ihr Implantat richtig funktioniert. Bei manchen Patienten muss gegebenenfalls ein erneuter Eingriff vorgenommen werden.“*

(<http://www.depuy.com/austriagerpatient>, Stand 04.03.2014)

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Gesundheit nachstehende

### **Anfrage:**

1. Wie viele Österreicher tragen eine Hüftprothese?
2. Wie viele Prothesen wurden in Österreich seit Juli 2003 implantiert? (Auflistung nach Jahren)
3. Wie viele davon waren Modelle der Firma Depuy? (Auflistung nach Jahren)
4. Wie viele Implantatsysteme der Modelle ASR™ XL Hüftsystem und DePuy ASR™ Hüftsystem wurden in Österreich seit Juli 2003 implantiert?
5. Aufgrund welcher gesetzlichen Bestimmungen wurden die Prothesen zugelassen?
6. Was waren die Ergebnisse der Zulassungsverfahren bezüglich der Modelle ASR™ XL Hüftsystem und DePuy ASR™?
7. Seit wann war Ihrem Ressort bekannt, dass es diese schadhaften Prothesen gibt?
8. Welche Maßnahmen haben Sie bzw. Ihr Ressort seit diesem Zeitpunkt ergriffen?
9. Haben Sie Kenntnis darüber, wie viele Personen bereits Ansprüche auf Schadenersatz erhoben haben?
10. Gedenken Sie als Minister in Ihrer Aufsichtsfunktion gegenüber der österreichischen Sozialversicherung gegen die genannte Firma aufgrund der Kosten (erneuter Eingriff, Kontrollen) Regressforderungen zu unterstützen? Wenn ja, wie, wenn nein, warum nicht?
11. Würden Sie sich in Ihrer Funktion als Minister für eine Sammelklage gegen die genannte Firma stark machen? Wenn ja, wie, wenn nein, warum nicht?